

Fiasko für Nicolas Sarkozy?

Ein Jahr vor den französischen Präsidentschaftswahlen

Gerd Niewerth*

» Im April 2012 finden die französischen Präsidentschaftswahlen statt. Etliche Vertreter aus allen Parteien haben bereits verkündet, dass sie kandidieren wollen. Ob Amtsinhaber Nicolas Sarkozy eine Wiederwahl anstrebt, ist eine große Unbekannte. Und wenn ja: wie stehen seine Chancen?

Rendez-vous en 2012

L'auteur de ce tour d'horizon politique place les événements de ces derniers mois (Libye, drame nucléaire au Japon, mais aussi l'issue des cantonales) dans le contexte de la campagne électorale pour les présidentielles de 2012 et s'interroge sur le pouvoir de nuisance de Marine Le Pen face à Nicolas Sarkozy au plus bas dans les sondages et à une gauche qui ne compte plus ses candidats.

Réd.

Der 19. März 2011 markiert ein wichtiges Datum. Möglicherweise sogar eines, das seinen Weg in die Geschichtsbücher finden könnte. Im prachtvollen Festsaal des *Elysée*-Palastes scharf Frankreichs Präsident an diesem Samstag die wichtigsten westlichen Verbündeten und einige arabische Partner um sich. Es geht um Libyen und die Welt schaut auf Paris. US-Außenministerin Hillary Clinton und der britische Premier David Cameron sind gekommen, der Italiener Silvio Berlusconi und UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Es ist der Tag, an dem die von Nicolas Sarkozy geschmiedete „*Koalition der Willigen*“ dem libyschen Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi de facto den Krieg erklärt.

Formal setzt die Koalition zwar nur die UN-Resolution 1973 um, die die wehrlose libysche

Zivilbevölkerung, besonders die akut bedrohte in der Hafenstadt Bengasi, vor den Angriffen des blutrünstigen Diktators schützen soll. Folgerichtig nennen sie den Gipfel im *Elysée* auch „*Pariser Gipfel zur Unterstützung des libyschen Volkes*“. Doch kaum hat Nicolas Sarkozy die Pressekonferenz beendet, steigen französische und britische Kampffjets auf, um die vor Bengasi stehenden Truppen Gaddafis zurückzuschlagen.

Aus innenpolitischer Sicht symbolisiert dieser 19. März 2011 zugleich eine Revision der französischen Außenpolitik. Eine, die längst überfällig war. Denn allzu lebendig sind immer noch die zwiespältigen Erinnerungen an das Jahresende 2007, als Nicolas Sarkozy demselben libyschen Staatschef an genau derselben Stelle, nämlich im Festsaal des *Elysée*, den roten Teppich ausrollte. Was damals mit großem Pomp zelebriert wurde, hat sich im Nachhinein als ein gravierender diplomatischer Fehler erwiesen. So wie überhaupt die allzu intime Nähe französischer Politiker zu den inzwischen gestürzten Machthabern Nordafrikas. Als sich das tunesische Volk Ende Dezember 2010 gegen das verhasste Regime des Zine el-Abidine Ben Ali erhebt, lässt sich Frankreichs Außenministerin Michèle Alliot-Marie auf Kosten seiner besten Freunde durch Tunesien fliegen. Eine grobe Instinktosigkeit, die die Chefin des *Quai d'Orsay*, bis dahin eines der Schwergewichte der Regierung Fillon, später teuer – nämlich mit dem Rücktritt – bezahlen muss. Ebenfalls eine frag-

* Gerd Niewerth ist Frankreich-Korrespondent der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ).

würdige Figur gibt Premierminister François Fillon ab, als er während eines Familienurlaubs im Land der Pyramiden fast zur selben Zeit die Flugzeuge des wankenden ägyptischen Staatschefs Hosni Mubarak in Anspruch nimmt.

Nicolas Sarkozy tut das Richtige, als er den drohenden Völkermord von Bengasi, womöglich ein zweites Srebrenica, durch sein resolutes Vorgehen in letzter Sekunde verhindert. Frankreich als Bannerträger von Freiheit und Zivilisation: Sarkozys Mission findet nicht nur breite Zustimmung im französischen Volk, sondern auch bei der Opposition. Die knatternde Trikolore über den Dächern von Bengasi oder in den Händen von Freiheitskämpfern – das kommt weitaus besser an als die Kumpanei mit Despoten.

Gradmesser Kantonalwahlen

Doch zahlt sich der Libyen-Feldzug auch daheim an der „Heimatfront“ aus? Hübschen die unbestrittenen Erfolge als internationaler Krisenmanager das daheim so ramponierte Ansehen des Staatschefs auf? Offenbar nicht. Denn schon Ende März, bei der zweiten Runde der Kantonalwahlen, strafen die Franzosen Sarkozy und die neogaullistische UMP erneut empfindlich ab – so wie schon bei den Regionalwahlen im Jahr davor. Die Präsidentenpartei schafft lediglich 20 %, während das linke Lager aus sozialistischer Partei, Grünen und radikalen Linksgruppen über die Hälfte der Stimmen gewinnt. Als besonders alarmierend erweisen sich für die Strategen im UMP-Hauptquartier drei Tendenzen: Erstens, die dramatisch geringe Wahlbeteiligung, die ein Indiz dafür ist, dass die Gaullisten ihre Wählerschaft anscheinend nicht mehr zu mobilisieren vermögen. Zweitens: die zunehmende Zersplitterung des bürgerlichen Lagers, und, drittens: der anhaltende Höhenflug des rechtsextremen *Front National* (FN).

Dabei hatte Nicolas Sarkozy die Wählerschaft am äußerst rechten Rand doch in den letzten Jahren so intensiv umworben. In der Debatte um die nationale Identität, mit der demonstrativen Räumung von Roma-Lagern im Sommer 2010 und der anhaltenden Stimmungsmache gegen den Islam und illegale Einwanderer hat Nicolas Sar-

kozy seine Partei weit nach rechts gerückt. Doch die Umworbenen bevorzugen lieber das Original, den *Front National*, der sich unter der neuen Parteichefin Marine Le Pen erfolgreich „entdämonisiert“ und nun immer tiefer ins bürgerliche Milieu vordringt. Es ist der antiislamische Populismus des *Front National*, der offenbar den Nerv breiter Schichten trifft – derer, die Angst haben vor einer Überfremdung durch Zuwanderer, zumal solchen aus fremden Zivilisationen.

Unzufriedene Wählerschaft

Der anhaltende Erfolg der Rechtspopulisten erklärt sich auch aus der Tatsache, dass Marine Le Pen immer häufiger das sozialpolitische Engagement des „*Front*“ für Arbeiter und Geringverdienende, kleine Kaufleute und Handwerker, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger herausstreicht. Die Enttäuschung breiter Schichten über Nicolas Sarkozys Wirtschafts- und Sozialpolitik kommt nicht von ungefähr. Hatte er in seinem siegreichen Wahlkampf 2007 nicht vollmundig versprochen, als „*Präsident der Kaufkraft*“ die Geldbörsen der Franzosen füllen zu wollen? „*Mehr arbeiten und mehr verdienen*“ lautete seine Erfolgsformel für ein Leben in Wohlstand. Nun, passiert ist eher das Gegenteil. Nach Berechnungen des staatlichen Statistikamtes *Insee* verdienen die Franzosen unterm Strich weniger, seitdem Nicolas Sarkozy Präsident ist. Denn geringe Lohnerhöhungen werden durch steigende Preise und Lebenshaltungskosten (Miete, Strom etc.) zunichte gemacht.

Überhaupt drückt das wenig rosige wirtschaftliche Gesamtbild schwer aufs Gemüt: Während der Nachbar von der rechten Rheinseite das Tal der Tränen längst durchschritten und ein zufriedenstellendes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hat, stöhnen sie in Frankreich weiterhin über hohe Arbeitslosigkeit und einen hunderttausendfachen Abbau von Industriejobs. Während der deutsche Export wieder brummt, beklagt der französische ein Milliarden-Defizit im Außenhandel. Ganz zu schweigen von der anhaltend hohen Verschuldung des französischen Staates. Trotz dieser ungünstigen wirtschaftlichen Vorzeichen verblüffte Haushaltsminister François Baroin in den

Tagen vor Ostern mit einer unerwarteten Geschenk-Idee. Seine Osterbotschaft: Die Regierung werde die Unternehmen dazu verpflichten, Prämien von bis zu tausend Euro an die Belegschaft auszuschütten, wenn das Geschäft gut laufe und Aktionäre in den Genuss steigender Dividenden kämen. Genau ein Jahr vor der nächsten Präsidentschaftswahl sind die wahlkampfaktischen Absichten dieser Zwangsprämie leicht zu durchschauen. Die Beschäftigten in den Betrieben dürften sich hingegen freuen. Denn schon bis zum Sommer soll die Gewinnausschüttung Gesetz sein.

Nationaler Atomkonsens

Wie unterschiedlich Frankreich und Deutschland ticken, offenbart besonders deutlich die Kraftwerkskatastrophe von Fukushima. Während der drohende Super-GAU rechts des Rheins zu einer sofortigen Stilllegung mehrerer Atomkraftwerke und in Baden-Württemberg gar zum ersten grünen Ministerpräsidenten führte, hält sich der Nuklearschock linksrheinisch sehr in Grenzen. Zwar beleuchten die französischen Medien nun viel intensiver die Risiken der Kernenergie, aber von einer breiten Debatte über den Ausstieg kann keine Rede sein. Der nationale Atomkonsens, der – von den Grünen abgesehen – von ganz rechts bis zu den Kommunisten reicht, mag hier und da jetzt zu bröckeln beginnen, aber tiefgreifende Auswirkungen auf die Präsidentschaftswahl 2012 sind nicht zu gewärtigen. Frankreich, das zu fast 80 % von der Kernenergie abhängig ist, reagiert relativ lässig auf Fukushima. So betont Nicolas Sarkozy abermals, dass die 58 französischen Reaktoren die sichersten der Welt seien. Zwar wirken derartige Beruhigungsfloskeln nicht sonderlich originell, aber sie lösen auch keinen Sturm der Entrüstung aus – etwa in Gestalt anhaltender Massenproteste. Bezeichnend ist die Ankündigung von Sozialisten-Chefin Martine Aubry („man muss aus der Atomenergienutzung aussteigen“), die sie mit dem „Innerhalb-von-25-bis-30-Jahren“-Zusatz im Grunde wieder revidierte.

Ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl rückt die Frage, wer im Sommer 2012 Hausherr(in) im Elysée-Palast sein wird, zusehends in den Vordergrund. Die Umfrage von *Harris Interactive*,

veröffentlicht am 21. April 2011, muss Nicolas Sarkozy als schmerzhaften Schlag in die Magenruhr empfinden. Denn ganz unabhängig davon, welcher sozialistische Herausforderer (Dominique Strauss-Kahn, François Hollande, Martine Aubry, Ségolène Royal) ins Rennen gehen könnte, kommen alle Umfragekonstellationen zu dem alarmierenden Ergebnis, dass FN-Kandidatin Marine Le Pen jedes Mal in die Stichwahl gelangt. In drei Konstellationen ist sie sogar Umfragekönigin. Noch dramatischer aus Sicht der UMP sind die Prognosen über das Abschneiden des Präsidenten selbst. Denn in drei Konstellationen – mit Strauss-Kahn (DSK), Aubry, Hollande als Herausforderer – landet der Amtsinhaber im ersten Wahlgang abgeschlagen auf dem dritten Platz. Die höchste Zustimmung erzielt übrigens DSK mit 30 %.

Umgekehrter 21. April?

Politiker und Philosophen, Politologen und Publizisten spekulieren nun heftig über einen neuen „21. April“. Ein Begriff, der sich auf den ersten Wahlgang 2002 bezieht, als FN-Kandidat Jean-Marie Le Pen sensationell mit Amtsinhaber Jacques Chirac in die Stichwahl kam und der Sozialist Lionel Jospin ausschied. In der Präsidentschaftspartei UMP befürchten sie dieses Mal einen „umgekehrten 21. April“, einen Ausgang, der durch die jüngste Umfrage neue Nahrung erhält. Nicolas Sarkozy muss nun an drei Fronten kämpfen: gegen die oppositionellen Sozialisten, gegen Marine Le Pen und gegen die möglichen Herausforderer aus dem bürgerlichen Lager.

Nach Redaktionsschluss

Dominique Strauss-Kahn ist am 15. Mai in einem Flugzeug am New Yorker Flughafen John F. Kennedy kurz vor dem Abflug in Gewahrsam genommen worden. Er soll wegen sexueller Belästigung und versuchter Vergewaltigung angeklagt werden. Inwiefern diese Verhaftung seine politische Zukunft beeinträchtigt, ist vor Drucklegung dieser Ausgabe schwer einzuschätzen. Der Kampf um die Präsidentschaft jedenfalls hat eine neue Wende genommen. Red.